

PROLETARIEN ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIEN ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

WESTBERLINER KOMMUNIST

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westberlins

August 1994

Solidarität mit den Genossinnen und Genossen der ANTIFA (M) in Göttingen!

Die Polizei des west/deutschen Imperialismus terrorisiert in den letzten Wochen zunehmend die Genossinnen und Genossen der "Autonomen ANTIFA (M)" in Göttingen durch Hausdurchsuchungen, erkennungsdienstliche Behandlung, Androhung von Haft und durch das Damoklesschwert der Verfolgung einer "kriminellen Vereinigung". Dieser Polizeiterror ist Teil der in den letzten Monaten verstärkten Verfolgung all derjenigen Kräfte, die sich konsequent sowohl gegen den Nazi-Terror als auch die staatliche Faschisierung zur Wehr setzen. Generell ist es seit der Existenz der BRD immer so gewesen, daß Nazis geschont und Anti-Nazis verfolgt wurden. Die Besonderheit der Situation der letzten Jahre ist, daß angesichts der Nazi-Mordtaten das sogenannte "Ansehen Deutschlands" international gelitten hat, so daß eine heuchlerische Erklärung nach der anderen über die "nötige Zivilcourage" aus den Politikermäulern tropfte, während gleichzeitig Fototrups und Eingreifkommandos der Polizei die Nazi-Versammlungen und -Aufmärsche gegen die Anti-Nazi-Kräfte schützten, die ihrerseits verfolgt, geschlagen, ja getötet wurden!

In den Morgenstunden des 5. Juli 1994 ging das niedersächsische Landeskriminalamt in einer großangelegten Durchsuchungsaktion, unterstützt durch Beamte des Bundeskriminalamtes, der Bezirksregierung Braunschweig und der Göttinger Polizei, gegen 17 angebliche Mitglieder der "Autonomen Antifa (M)" vor. Durchsucht wurden die Wohnungen der Betroffenen, teilweise auch die Wohnungen von Angehörigen und ehemalige Arbeitsstellen sowie Räume des ASTA und der "Buchladen Rote Straße", Kontaktadresse der ANTIFA (M) in Göttingen. Tags darauf folgten noch eine Druckerei und ein Belichtungsstudio. Türen wurden aufgebrochen, Fenster eingeschlagen, um

an "belastendes Material" zu kommen: Säckeweise schleppte die Polizei Aktenordner, mehrere Computer, Disketten, handschriftliche Aufzeichnungen, persönliche Utensilien und anderes mehr ab, um die Anschuldigung "kriminelle Vereinigung gemäß 129" gegenüber der ANTIFA (M) zu untermauern. Außerdem wird gegen sie nach 129a ermittelt, weil sie angeblich für "die terroristische Vereinigung RAF wirbt und auf mehreren Ebenen enge Kontakte zu Mitgliedern der RAF unterhält".

Gegen die Staatsschutz-Razzia wurde mittlerweile Strafantrag und Strafanzeige wegen "Beleidigung, Verleumdung, übler Nachrede, falscher Verdächtigung sowie des Straftatbestandes der Verfolgung Unschuldiger" gestellt - eine Anzeige, die die Staatsanwaltschaft aber mittlerweile abgewiesen hat.

Daß nun in den letzten Wochen nach bereits jahrelangen Ermittlungen verstärkt gerade die ANTIFA (M) in Göttingen ins Visier der "Staatschützer" geraten ist, hat seine Gründe in der



Kommunistische Positionen zum Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944

Jeder Verfolgte des Nazi-Regimes hätte mit Freude und Genugtuung registriert, wenn ein Attentat auf Hitler geglückt wäre. Dies gilt auch für das Attentat am 20. Juli 1944. Ob von wirklichen Nazi-Gegnern oder von konkurrierenden Nazi-Fraktionen und verbrecherischen Nazi-Generälen, die Angst vor der völligen Niederlage Nazi-Deutschlands hatten - ein erfolgreiches Attentat hätte den Nazi-Staat auch in der Situation im Juli 1944 geschwächt und dem Vormarsch der eigentlichen anti-nazistischen Kräfte, der alliierten Armeen, der PartisanInnen und Partisanen und des wirklichen Widerstandes in Deutschland selbst genützt.

Das Attentat am 20. Juli 1944 samt seiner Hauptakteure war kein grundlegender Widerstand gegen das Nazi-Regime, bewegte sich vielmehr im Rahmen von Rettungsplänen des deutschen Imperialismus mit dem Ziel, den Nazi-Staat im Inneren zu konservieren und erobertes Territorium in größtmöglichem Umfang in Besitz zu behalten. Daß auch wirklich anti-nazistische Kräfte dennoch Kontakt und Zusammenarbeit mit den nazistischen Generälen suchten, es punktuell sogar diese oder jene Zusammenarbeit gab, hat seine Ursache nicht in einer idealisierten, verklärenden Einschätzung der reaktionären Hauptakteure, sondern in der durch die Situation des mörderischen Krieges begründeten Gesamtlage: Die Zersetzung des Nazi-Staates war eine entscheidende Aufgabe, um den Vormarsch der militärischen Kräfte der Anti-Hitler-Koalition zu erleichtern.

Kriterium für wirklichen Widerstand gegen den Nazi-Staat war die entschiedene Zusammenarbeit mit den bewaffneten Kräften der Anti-Hitler-Koalition, später die vorbehaltlose Anerkennung des Potsdamer Abkommens und der darin festgelegten Maßnahmen. In der Diskussion über die Einschätzung der diversen sich gegen Hitler wendenden Kräfte zu den verschiedensten Zeitpunkten ist es daher völlig klar, daß die Motive und Ziele der Militaristen, preußischen Adligen und rechten Sozialdemokraten im Rahmen des deutschen Imperialismus blieben, sie den Nazi-Staat lediglich "reformieren" und vor der militärischen Niederlage bewahren wollten.

Der wirkliche Widerstand, vor allem durch die Kader der Kommunistischen Partei, durch einzelne Mitglieder sozialistischer oder auch sozialdemokratischer Teilorganisationen, der "Weißen Rose", der "Edelweißpiraten" usw. zeichnete sich dagegen durch die Ablehnung des gesamten Nazi-Staates und die begeisterte Begrüßung des Vormarsches der alliierten Armeen aus.

In ganzer Schärfe wird das Problem folgendermaßen klar: Die insbesondere in Polen inhaftierten, vor der Massenermordung stehenden Häftlinge in den KZs und Vernichtungslagern liebten täglich dem Vormarsch der Roten Armee entgegen und warteten nicht etwa auf das Attentat der Nazi-Generäle gegen Hitler.

Die heutigen Ideologen der west/deutschen Imperialisten berufen sich nicht ganz zu Unrecht auf den sogenannten "Widerstand" der Nazi-Generäle: Während sie einerseits Bundeswehrkasernen nach Durchhalte-Nazis wie dem General Dietl benennen, liefern andererseits die zutiefst antidemokratischen Erklärungen des Stauffenberg-Kreises in der Tat auch zentrale programmatische Zielvorstellungen für den heutigen west/deutschen Imperialismus: andere Völker mit möglichst geringem Risiko auszu-beuten und im Inneren einen reaktionären, auf militärische und polizeistaatliche Operationen gegründeten "starken Staat" zur Sicherung der Ausbeuterordnung und des Ausbeuterfriedens zu festigen.

Ziel der Propaganda und des Mythos vom "Widerstand" des 20. Juli 1944 ist es vor allem auch, die Realität des zwar schwachen, aber dennoch bedeutsamen, vor allem von kommunistischen Kräften geführten demokratischen Widerstandes während der Nazizeit zu verschweigen, zu vertuschen und zu diffamieren.

Hausdurchsuchungen in Göttingen bei Antifaschistinnen und Antifaschisten

Presseerklärung der Autonomen Antifa (M)

Am Dienstag, 5. Juli 1994, stürmten zeitgleich gegen 6.30 Uhr Sondereinsatzkommandos und Polizeikräfte des Bundeskriminalamtes, des Landeskriminalamtes Niedersachsen, der Bezirksregierung Braunschweig und der Göttinger Polizei im Auftrag der Generalstaatsanwaltschaft Celle Wohnungen von insgesamt 15 Personen. Desweiteren wurden Räumlichkeiten im AstA der Universität Göttingen, im Buchladen Rote Straße sowie Arbeitsplätze der Betroffenen sowie Wohnungen von Angehörigen der betroffenen Personen durchsucht.

Dabei wurde zum Teil rechtswidrig vorgegangen. Unter anderem wurden Türen aufgebrochen, Fenster eingetreten und Räume durchsucht, deren BewohnerInnen nicht von den Ermittlungen betroffen waren.

Es wurden zahlreiche Materialien beschlagnahmt, darunter säckeweise Aktenordner, mehrere Computer, persönliche Utensilien und verschiedene andere Sachen.

Die Durchsuchungen richteten sich gegen angebliche Mitglieder der Autonomen Antifa (M). Erklärtes Ziel war es, "Beweismittel zu den Zielen, zur Strategie

und Taktik dieser Gruppierung sowie zu der Einbindung ihrer Mitglieder (zu) erbringen".

Politisches Ziel der Ermittlungen ist die Durchleuchtung und Kriminalisierung der Autonomen Antifa (M) und ihrer Politik. Seit Herbst 1991 wird zu diesem Zweck gegen angebliche Mitglieder der Autonomen Antifa (M) nach § 129 (Mitgliedschaft in/Unterstützung einer kriminellen Vereinigung) und nach § 129a Abs. 3 (Werbung für eine terroristische Vereinigung) ermittelt.

Dabei bestätigt die Generalstaatsanwaltschaft in ihrer eigenen Presseerklärung vom 5. Juli 1994 die von der Autonomen Antifa (M) bereits veröffentlichte Einschätzung, daß sich die Kriminalisierung vor allem gegen die erfolgreiche legal angelegte Öffentlichkeitsarbeit und Bündnispolitik richtet, durch die antifaschistische Politik in breiten Kreisen der Bevölkerung in Südniedersachsen akzeptiert und verankert worden ist.

Um diese erfolgreiche Politik zu kriminalisieren und den antifaschistischen Widerstand zu spalten, erfindet die Generalstaatsanwaltschaft u.a. "auf mehreren Ebenen enge Kontakte (der Autonomen Antifa (M)) zu

Mitgliedern (...) der RAF". Über dieses Konstrukt soll der antifaschistische Widerstand diskreditiert, isoliert und letztlich zerschlagen werden. Die Organisierung und gesellschaftliche Etablierung einer breiten antifaschistischen Bewegung soll verhindert werden.

Politisch ist dieser Angriff des Staatsschutzes logisch. Die politische Arbeit einer Gruppe, die den Zusammenhang zwischen Faschismus und Imperialismus benennt und angeht, die antifaschistische Öffentlichkeitsarbeit und Bündnispolitik betreibt und damit erfolgreich ist, steht den Interessen dieses Staates entgegen und wird vom Staatsschutz folglich bekämpft.

Die Autonome Antifa (M) wird auch in Zukunft ihre Politik fortsetzen und sich der Kriminalisierung offensiv und öffentlich entgegenzusetzen.

Keine Kriminalisierung des autonomen Antifaschismus!

Hoch die antifaschistische Solidarität!

5. Juli 1994, Autonome Antifa (M)

radikaldemokratischen Tradition der linken Bewegung gerade in Göttingen und Umgebung. Mit der Verfolgung und Kriminalisierung einer der aktivsten antifaschistischen Initiativen versucht der Staatsapparat des west/deutschen Imperialismus die gesamte Bewegung gegen Nazis und staatliche Faschisierung einzuschlachten.

Die "Autonome Antifa (M)"

Die Gruppe trat erstmals 1990 als "Autonome Antifa (M)" öffentlich auf.

Durch die Betonung des untrennbaren Zusammenhangs zwischen Faschismus und Imperialismus, zwischen Nazi-Gruppen und staatlicher Faschisierung gab sich diese Gruppe eine über einzelne Projekte hinausgehende politische Orientierung und Perspektive. Entgegen den antikommunistischen Anfeindungen aus der "autonomen Szene" verteidigen sie ihr Anknüpfen auch an den Erfahrungen des antifaschistischen Kampfes der kommunistischen Arbeiterbewegung.

Die ANTIFA (M) vertritt ein verbindliches Organisationsprinzip und betont die Notwendigkeit der Ausnutzung aller legalen Möglichkeiten - ohne dem Legalismus das Wort zu reden. (Hier liegt natürlich ein zentrales Problem und eine ernste Gefahr. In jedem einzelnen Fall wird die Polizei mit all ihren Mitteln natürlich den Druck erhöhen, "feilschen" und versuchen, eine "Zusammenarbeit" vorzutauschen oder auch herzustellen. Diese Dinge können nur konkret, mit Fakten und Beweisen, nicht aber auf dem Weg der Gerichte und Verleumdungen diskutiert werden.)

Durch diese Politik, durch zahlreiche Veranstaltungen, Herausgabe von Flugblättern und Broschüren und nicht zuletzt durch gelungene Aktionen ist die ANTIFA (M) nicht nur zu einem wichtigen Zentrum des antifaschistischen Kampfes im Göttinger Raum geworden, sondern ist auch bundesweit bekannt geworden:

Nicht vergessen ist die kämpferische Demonstra-

tion anlässlich der Ermordung von Conny Wessmann, die bei einer antifaschistischen Aktion 1989 von der Polizei vor ein fahrendes Auto gehetzt wurde, nicht vergessen sind die konsequenten Aktionen gegen die Nazi-Zentren in Mackenrode 1988, in Adelebsen 1993 und in Northeim 1994, an denen die Genossinnen und Genossen der ANTIFA (M) nicht unwesentlichen Anteil hatten, sowie die Aufklärungsarbeit über die Ermordung von Wolfgang Grams. Die ANTIFA (M) hat auch konsequent ihre Möglichkeiten genutzt, um in Magdeburg den dortigen Genossinnen und Genossen angesichts der direkten und ganz offenen Zusammenarbeit zwischen Nazi-Mördern und Polizei sofort alle Hilfe zukommen zu lassen.

Die braune Pest zerschlagen!



**Tod dem west/deutschen
Imperialismus, Revanchismus
und Militarismus!**

Außerdem haben die Genossinnen und Genossen der ANTIFA (M) seit längerer Zeit Diskussionsbeiträge zur Vereinheitlichung und organisatorischen Zusammenarbeit antifaschistischer Kräfte verbreitet und haben diesen Zusammenschluß maßgeblich mit vorangetrieben. Sie sind eines von mehreren Zentren im praktischen Kampf gegen die Faschisierung des Staates und die Nazi-Banden geworden.

Dass sind die Ursachen für den verschärften Polizeiterror und gleichzeitig die Gründe für die Notwen-

digkeit der verstärkten Solidarität mit den Genossinnen und Genossen der ANTIFA (M) in Göttingen.

Unsere Position

Auch wenn unsere Hauptaufgabe eindeutig der Aufbau der Kommunistischen Partei ist und hierbei der theoretischen Klarheit in allen großen, grundlegenden Fragen entscheidende Bedeutung zukommt, ist es selbstverständlich auch unsere Aufgabe, im Rahmen unserer Möglichkeiten an praktischen Kämpfen, auch wenn sie im Kern lediglich demokratischen, radikal-demokratischen, gegen diesen Staat gerichteten Charakter haben, teilzunehmen, in sie einzugreifen.

Entsprechend unseren Kräften ist es selbstverständliche Aufgabe aller unserer Genossinnen und Genossen, gegen die Faschisierung des Staatsapparates und die Nazi-Banden konsequent und militant zu kämpfen.

So haben wir im "Antifa-Bereich" in den letzten Jahren vor allem mit Plakaten und Broschüren eingegriffen: zu den Nazi-Morden, zu den Ereignissen in Rostock etc. Vor einigen Jahren hatten wir anlässlich des gegen uns gerichteten Prozesses im Rahmen der Anti-Volkszählungskampagne versucht, bundesweit in den Kampf gegen die Faschisierung einzugreifen.

Über diesen radikal-demokratischen Bereich hinaus haben wir eine Reihe von antinazistischen Flugblättern von unserem kommunistischen Standpunkt aus geschrieben und verbreitet.

Es ist schwierig, hier das Wechselverhältnis richtig zu bestimmen zwischen den unumgänglichen Aufgaben im demokratischen Kampf mit allen seinen Gesichtspunkten und dennoch die kommunistische Propaganda nach außen zu verstärken und vor allem vorrangig die Kraft in den Aufbau der Kommunistischen Partei zu stecken. Die Kraft zu konzentrieren auf die Herausarbeitung ihrer kommunistischen, theoretisch begründeten Linie unter Berücksichtigung der Besonderheiten Westdeutsch-

lands, auf die Schulung unserer Kader auf theoretischem und praktischen Gebiet und auf die Schaffung einer militanten Organisation.

Doch unter der Flagge "Kümmern wir uns nur um die sozialistische Revolution" kann gerade auch der unbedingt notwendige demokratische Kampf gegen Nationalismus und Rassismus, gegen Besonderheiten des west/deutschen Imperialismus sabotiert und hintertrieben werden.

Deshalb ist es sehr wichtig, den demokratischen Kampf auf die Besonderheiten des eigenen Imperialismus zuzuspitzen, wirklich dem Hauptfeind der sozialistischen Revolution auch seine scheindemokratische Maske durch den aktiven demokratischen Kampf herunterzureißen. In diesem Sinne ist der vorantreibende demokratische Kampf ein Hebel für die Vorbereitung der sozialistischen Revolution, ja ohne ihn ist an eine sozialistische Revolution, die den Namen verdient, gar nicht zu denken.

Deshalb streben wir gerade im demokratischen Bereich die Zusammenarbeit mit allen anderen konsequent demokratischen und revolutionären Kräften an, deshalb lenken wir die Aufmerksamkeit auf die revolutionären Genossinnen und Genossen in den Betrieben. Die Zusammenarbeit mit anderen Kräf-

ten setzt Solidarität, aber auch Diskussionsbereitschaft und gegenseitige Kritik voraus. Denn nur so kann wirklich eine langfristige und fruchtbare Zusammenarbeit entstehen!

Dabei ist unsere Position, daß ohne eine feste, zielklare Kommunistische Partei jede demokratische Bewegung früher oder später in die Gefahr gerät, im reformistischen Sumpf zu versinken oder aber zerrieben zu werden!

Auch ist die Gefahr groß, daß ohne zielklare Kommunistische Partei mit ihrer Verbindung von legaler und illegaler Arbeit die nötige legale Arbeit im demokratischen Bereich beginnt, ein Gegengewicht zu werden gegenüber nötigen militanten Aktionen, ja, sogar zur Verdrängung und Behinderung solcher Aktionen führt.

Unser Standpunkt ist, daß die legale demokratische Arbeit nicht den demokratischen militanten Kampf ausschließen oder behindern darf! Im Gegenteil!

Wir meinen, daß der demokratische Kampf in all seinen Formen kein Selbstzweck ist, sondern der Bewußterwerb und Organisation vor allem des Kampfes für die Vorbereitung und Durchführung der sozialistischen Revolution dienen soll!

Dieses Flugblatt wird im Zuge der engeren Zusammenarbeit gleichlautend von "Gegen die Strömung" und "Westberliner Kommunist" veröffentlicht.

VERTRIEB für internationale Literatur Brunhildstr. 5, 10829 Westberlin

- * Antifaschistische, antiimperialistische Literatur
 - * Werke von MARX, ENGELS, LENIN, STALIN
 - * Schriften des Kommunismus und der Kommunistischen Internationale
- in vielen Sprachen erhältlich

ÖFFNUNGSZEITEN:

Mittwochs
15.30 - 17.30 Uhr

Einige Diskussionspunkte zur Konzeption der Antifa (M)

Bei der Diskussion mit der Antifa (M) wird folgendes Dilemma sichtbar werden: An Ihrer Haltung zum antifaschistischen Kampf heute haben wir im radikal-demokratischen Rahmen erst einmal so gut wie keine Kritik.

Das Problem beginnt da, wo sie den Rahmen des antifaschistischen Kampfes überschreiten und sprengen wollen, dort, wo sie beispielsweise auf die Kritik am Pseudosozialismus in der DDR eingehen, Ideale des Sozialismus propagieren.

Hier können wir sie nicht im Rahmen eines antifaschistischen Kampfes kritisieren. Die Kritik an Ihren Positionen hierzu kann sozusagen nur von "kommunistischer Organisation" zu "kommunistischer Organisation" erfolgen. Die Antifa (M) hat aber nach außen hin keinen klar kommunistischen Anspruch. Etwa die Haltung zum Sozialismus als Kriterium der Mitgliedschaft einer Antifa-Organisation aufzustellen, fänden wir auch falsch, sähen das als unnötige Einengung des demokratischen Kampfes an.

Wir meinen, daß sich unsere Kritik an solchen Punkten nicht an sie als Antifa-Organisation richten kann. Doch wenn die Antifa (M) weitere Positionen propagiert, muß sie sich auch weitergehende Kritiken gefallen lassen, die den unmittelbaren Rahmen des antifaschistischen demokratischen Kampfes überschreiten.

Zum Beispiel unsere Kritik an Ihrer Haltung zum Sozialismus: Die notwendige und berechtigte Kritik an dem Pseudosozialismus in der DDR erscheint uns sehr wichtig, Ihre knappe Bemerkung dazu aber ganz falsch: Die Ursache wird hierfür nicht in Deutschland, nicht in den Fehlern der SED, sondern in erster Linie bei "äußeren Faktoren", sprich: der Sowjetunion, den "Stalinisten" gesucht. (siehe "Zwischenzeiten - 14 Thesen zum Imperialismus")

Unsere Analysen dieser Fragen ergeben, daß in erster Linie nationalistische Fehler, revisionistische

Fehler in der SED-Führung entscheidend waren.

Unsere zweite Kritik ist banal, da bekannt ist, daß wir (ebenso wie die Genossinnen und Genossen der Antifa (M), wie wir mit Interesse festgestellt haben) als "Stalinisten" verschrien sind. Wir kritisieren Ihre Übernahme bürgerlicher Stereotypen ("Stalinisten"), anstatt eine solidarische, kritische Analyse der Zeitspanne bis 1952 in der Sowjetunion zu leisten. Abgesehen davon, daß in der Sowjetunion unter Führung Lenins und Stalins die Diktatur des Proletariats gefestigt wurde, die die Konterrevolution niederschlug und sozialistische Demokratie für die werktätigen Massen verwirklichte, muß für einen Antifaschisten eigentlich klar sein: Die sowjetischen Genossinnen und Genossen hatten an vorderster Front gestanden, als es galt, der Nazi-Armee und Hitler das Genick zu brechen. Diese antifaschistische Leistung Stalins, der KPdSU(B), der Roten Armee, der sowjetischen Partisanen, der Kommunistischen Parteien vieler Länder, die sich klar zu Marx, Engels, Lenin und Stalin bekannten, kann unserer Meinung nach nur zur Solidarität mit Genossen Stalin verpflichten. Das schließt solidarische Kritik an den kommunistischen Parteien dieser Zeitspanne nicht aus.

Unsere dritte Kritik betrifft programmatische Grundfragen: Ohne Diktatur des Proletariats, ohne eine darauf gegründete und von ihr beschützte sozialistische Demokratie, kann es unserer Meinung nach keine wirkliche Emanzipation, keine tiefgehende Befreiung, keinen Sozialismus geben - mit allen Problemen, die damit zusammenhängen. Hier werden die Genossinnen und Genossen der Antifa(M) von den Anarchisten in die Defensive gedrängt, hierzu sagen sie nichts. (Was ein "Antifa" ja auch nicht muß, aber hier wurde von ihnen ja eben die Frage des Sozialismus angeschnitten)

Dasselbe gilt für die Frage des Aufbaus einer Kommunistischen Partei mit fester, zur Gewohnheit gewordener Innerparteilicher Demokratie und überzeugender,

der, an den Aufgaben des revolutionären Kampfes orientierter bewußter Disziplin.

Um es zu verdeutlichen: Erst die Schulung in den Kommunistischen Parteien, erst die Existenz von Organisationen der Kommunistischen Parteien in den KZs und in den Vernichtungslagern, in den Partisaneneinheiten, in den illegalen Organisationen in Deutschland während der Nazi-Zeit ermöglichten den Genossinnen und Genossen, maßgeblichen und führenden Anteil an einem solchen Widerstand zu haben, wie ihn etwa Ingrid Strobl in groben Zügen richtig beschrieben hat! Um die Frage der Kommunistischen Partei kommt man letztlich nicht herum, das wissen die anarchisch-libertären Kräfte und sticheln da mächtig.

Als Letztes: Wenn klar ist, welchen Schaden für die Ideale des Kommunismus und Sozialismus die erbärmlichen Erfahrungen der DDR, der Sowjetunion und anderer pseudosozialistischer Länder in den letzten Jahrzehnten angerichtet haben, dann ist auch klar, daß die dafür verantwortlichen Kader nicht einfach "irrende Genossinnen und Genossen" sind, die nun im Rahmen des "Antifa-Kampfes" von uns begleitet in die Arme geschlossen werden könnten.

Das ist ein großes und ernstes Problem, da PDS (und auch DKP und VVN) ja eigentlich schon ein "Antifa-Angebot" an alle Jugendlichen machen, immer reformistischer, legalistischer und schleimiger werden. Wir - und da sehen wir einen Schwachpunkt der Antifa(M) - müssen klar und deutlich sagen, warum wir uns diesem Angebot nicht anschließen.



Zur Bedeutung der §§ 129, 129a Strafgesetzbuch

Neben der Kriminalisierung konsequent demokratischer und revolutionärer Kräfte sowie von Streikämpfen ("Zerstörung wichtiger Arbeitsmittel", "Störung öffentlicher Betriebe") dienen die Paragraphen 129 und 129a vor allem auch dazu, den Ermittlungsbehörden des west/deutschen Imperialismus bereits in der Ermittlungsphase zahlreiche Sonderermächtigungen an die Hand zu geben.

Sobald von den Ermittlungsbehörden ein sogenannter "Anfangsverdacht" nach 129a proklamiert wird, steht ihnen ein ganzes Arsenal staatlicher Repressions- und "Präventions"maßnahmen zur Verfügung, um die "linke Szene", oppositionelle Kräfte, revolutionäre Organisationen und politisch verdächtige Einzelpersonen in großem Stile ausforschen, einschüchtern und kriminalisieren zu können.

Diese Paragraphen dienen als Hebel, um ein ganzes System von Sonderbefugnissen in Kraft zu setzen:

- Überwachung des Telefon-, Post- und Bankenverkehrs
- großangelegte Observationen und langfristige polizeiliche Beobachtungen
- Einrichtung von Straßenkontrollstellen

§ 129. Bildung krimineller Vereinigungen.

(1) Wer eine Vereinigung gründet, deren Zwecke oder deren Tätigkeit darauf gerichtet sind, Straftaten zu begehen, oder wer sich an einer solchen Vereinigung als Mitglied beteiligt, für sie wirbt oder sie unterstützt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

Es muß der Verdacht bestehen, daß Absatz 1 des § 129 erfüllt ist, um nach § 129a Ermittlungen einleiten zu können.

§ 129a. Bildung terroristischer Vereinigungen.

(1) Wer eine Vereinigung gründet, deren Zwecke (...) darauf gerichtet sind, 1. Mord, Totschlag oder Völkermord (...), 2. (...), 3. Straftaten nach § 305a (Zerstörung wichtiger Arbeitsmittel) oder gemeingefährliche Straftaten in den Fällen § 306 bis 308 (Brandstiftung), (...), des § 311 Abs. 1 (Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs- und Luftverkehr), des § 316 Abs. 1 (Störung öffentlicher Betriebe), (...) zu begehen oder wer sich an einer solchen Vereinigung als Mitglied beteiligt, wird mit Freiheitsstrafe von 1 Jahr bis zu 10 Jahren bestraft.

(2) (...)

(3) Wer eine in Absatz 1 bezeichnete Vereinigung unterstützt oder für sie wirbt, wird mit Freiheitsstrafe von 6 Monaten bis zu 5 Jahren bestraft.

(4) (...)

(5) (...)

(6) Neben einer Freiheitsstrafe (...) kann das Gericht die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden, und die Fähigkeit, Rechte aus öffentlichen Wahlen zu erlangen, aberkennen (...).

(7) (...)

mit Eingriffsbefugnissen auch gegen Unbeteiligte

- Anordnung von Schlepptetz- und Rasterfahndung mit der Möglichkeit von massenhafter Datenspeicherung und Datenabgleich in großem Stil

- Großrazzien und Durchsuchung nicht nur einzelner Wohnungen, sondern ganzer Wohnblocks.

Wohlgemerkt, zur Anordnung all dieser Maßnahmen reicht bereits der sogenannte "Anfangsverdacht" aus, auch der Verdacht auf "Unterstützung" oder "Werbung". Damit müssen sich die Verfolgungsbehörden des west/deutschen Imperialismus gar nicht mehr lange mit dem Nachweis einer konkreten "Straftat" aufhalten, um aktiv zu werden.

Ziel ist die Einschüchterung, Verunsicherung und Abschreckung aller, die einen konsequent demokratischen oder revolutionären Kampf führen wollen, die Widerstand leisten gegen die zunehmende Faschisierung und Einschränkung der letzten Überreste demokratischer Rechte.

Solidaritätsveranstaltung

mit dem revolutionären bewaffneten Kampf in Mexiko!

Vertreter des "Movimiento Revolucionario de Mexico" (Revolutionäre Bewegung Mexikos) berichten über den Aufstand in Chiapas Anfang dieses Jahres und über den Kampf und die Ziele der Revolution in Mexiko. Der "Movimiento Revolucionario de Mexico" ist ein Zusammenschluß von allen bewaffnet kämpfenden Organisationen in Mexiko.

Ein Ziel dieser Organisation ist es, den mexikanischen Staatsapparat zu zerschlagen und den Sozialismus aufzubauen.

Ein Thema der Veranstaltung wird die Lage und die Möglichkeiten der

Unterstützung für die ca. 10.000 revolutionären Gefangenen in Mexiko sein.

Die Veranstaltung soll demokratischen und revolutionären Kräften aus verschiedenen Ländern die Möglichkeit geben, mit mexikanischen Genossen und Genossen über ihre politische Linie zu diskutieren und Möglichkeiten der praktischen Solidarität zu finden. Deshalb wird es für Fragen und Diskussionen breiten Raum geben.

Ort: Dortmund, Scharnhorststr. 50

Zeit: 17. September, 15 Uhr

Freiheit für alle revolutionären Gefangenen!

Veranstalter: Infoladen Don Quichote - Herne; Unabhängige Ortsgruppe AFB - Recklinghausen; Spartakus - Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei in der Türkei; Unterstützer Buchladen Georgi Dimitroff - Frankfurt/Main

Westberliner Kommunisten
Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westberlins
1962

Es lebe die Revolution in Mexiko!

Der Aufstand in Chiapas... (Text continues with details of the Chiapas uprising and revolutionary goals in Mexico, including mentions of the 'Movimiento Revolucionario de Mexico' and the need for international solidarity.)

Der Aufstand in Chiapas... (Text continues with details of the Chiapas uprising and revolutionary goals in Mexico, including mentions of the 'Movimiento Revolucionario de Mexico' and the need for international solidarity.)

Magdeburg:
Zusammenstoß von Polizei und Nazis!

Am Sonntag, den 17. September, fand in Magdeburg ein Zusammenstoß zwischen der Polizei und den Nationalsozialisten statt. Die Polizei hatte versucht, einen Demonstrationen zu verhindern, was zu mehreren Verletzungen führte.

Die bessere Post zerschlagen!

Die Post ist ein wichtiges Instrument der imperialistischen, imperialistischen und imperialistischen... (Text continues with revolutionary slogans and calls to action.)

